

Wahlaussage
zur Abgeordnetenhauswahl 1975
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

**„Liberale Politik für Berlin.
F.D.P. Die Berlinpartei“**

(Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag
am 9. November 1974)

B E R L I N E R

LIBERALE  ZEITUNG

DAS BERLINER WORT

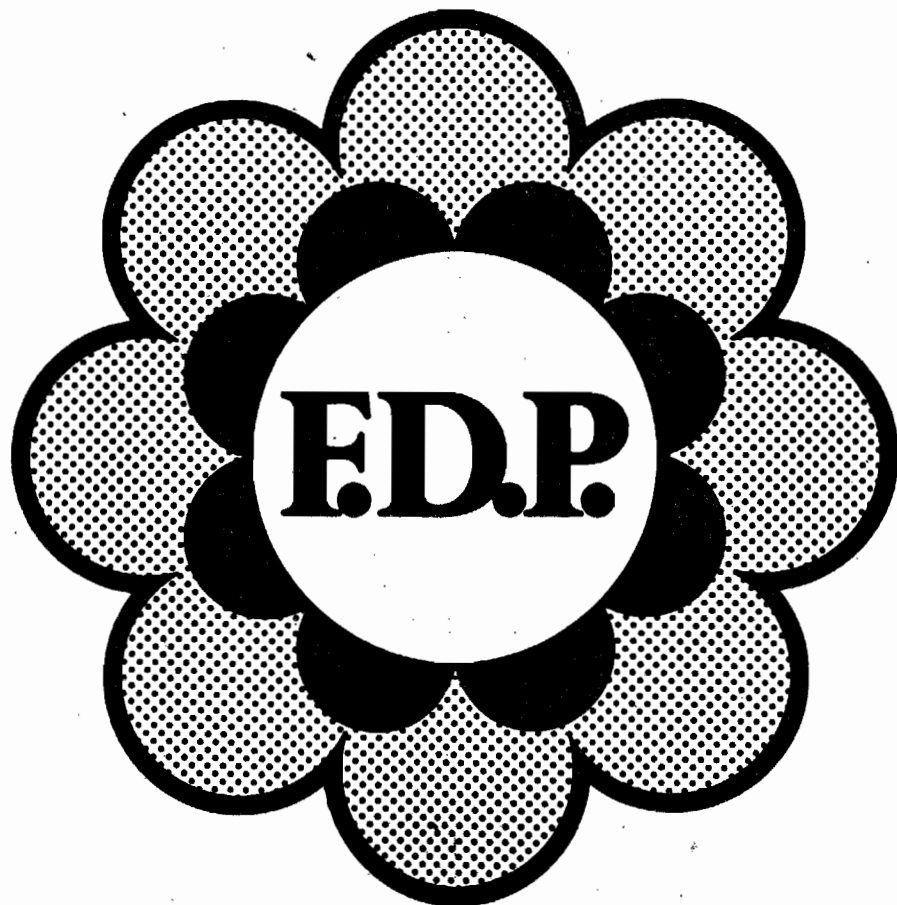
SONDERAUSGABE

30 Pfennig · A 7771 D

**LIBERALE
POLITIK FÜR
BERLIN.**

F.D.P.

Die Berlinpartei.





Die Berliner Partei



Die Pluspunkte für Ihre Wahlentscheidung am 2. März

Die F.D.P. ist die Partei des sozialen Liberalismus. Sie nimmt Partei für Fortschritt durch Vernunft. Sie fordert Freiheit des Einzelnen durch Demokratisierung der Gesellschaft. Sie tritt ein für Menschenwürde durch Selbstbestimmung. Sie fordert die konsequente Reform unserer Wirtschaftsordnung mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu erhal-

ten und zu steigern, wie ihre Menschlichkeit zu gewährleisten und sicherzustellen. Sie wendet sich gegen Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, gegen staatliche Bevormundung der Bürger, gegen Privilegien wirtschaftlich mächtiger Gruppen.

Die F.D.P. hat in Berlin be-

wiesen, daß sie die Interessen der Bevölkerung dieser Stadt engagiert vertritt. Die F.D.P. hat sich als eigenständige und fortschrittliche Kraft bewährt.

Die F.D.P.-Minister in der sozial-liberalen Koalition haben entscheidend dazu beigetragen, die Zukunft Berlins zu sichern. Das Vier-Mächte-Abkommen, der Grundvertrag und die

Folgeverträge beweisen die konsequente Interessenvertretung der F.D.P.-Politiker in der Bundesregierung und im Bundestag für Berlin.

Diese Abkommen bleiben Grundlage und Ausgangspunkt liberaler Politik in Berlin. Die Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland sind gefestigt. Sie wer-

den vertragsgemäß entwickelt, auch wenn es Schwierigkeiten gegeben hat und möglicherweise geben wird. Für die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition in Bonn, die den Berlinern ganz unmittelbar nutzt, gibt es keine Alternative. Wir wollen nicht zurück zum Kalten Krieg. — Aus diesen Gründen fordert die Berliner F.D.P.:

Wirtschafts-Politik

- Wettbewerb und Marktwirtschaft müssen erhalten bleiben; Bekämpfung aller Formen der Konzentration wirtschaftlicher Macht;
- Sicherung der Arbeitsplätze hat Vorrang vor anderen wirtschaftlichen Zielsetzungen; notwendige strukturelle Anpassungsprozesse dürfen nicht zu langandauernder Arbeitslosigkeit führen;
- bei jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme in Berlin sind die begrenzten natürlichen Vorräte an Wasser, Grünflächen, Boden und Energie zu berücksichtigen und eine Erhöhung des Wohn-, Freizeit- und Einkommenswertes des Bürgers anzustreben;
- Erhöhung des Angebots an qualifizierten Arbeitsplätzen und Weiterentwicklung einer humanen Arbeitswelt;
- keine beliebige industrielle Expansion, die zwar rechnerisch das Wirtschaftswachstum erhöht, aber durch Beeinträchtigung der Umwelt die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Bevölkerung verschlechtert;
- Beibehaltung des Umfangs der Förderung der Berliner Wirtschaft; Reform der Berlinförderung mit dem

Ziel, durch branchen- und unternehmensbezogene Maßnahmen vorrangig die Entwicklung umweltfreundlicher, überregionaler Dienstleistungen zu fördern, sowie im Bereich industrieller Produktion einen hohen Produktivitätsanstieg zu sichern;

- Genehmigungspflicht und erweiterte Kontrolle für Inanspruchnahme von Investitionszulagen und Sonderabschreibungen, um Kreiselpleiten und Spekulation mit Arbeitsplätzen zu verhindern.

Verbraucherschutz

- die Ladenöffnungszeiten flexibel zu gestalten, ohne daß die Arbeitszeiten der Beschäftigten verlängert werden;
- die Aufklärung und Information der Verbraucher zu verstärken;
- Reform der allgemeinen Geschäftsbedingungen: Abschaffung des „Kleingedruckten“ in Kaufverträgen;
- die aufgesplitterten Zuständigkeiten in einem Verbraucherschutzamt zu vereinen;
- die Öffnungszeiten der Behörden bürgerfreundlicher zu gestalten.

Bau- und Wohnungspolitik

- Mieterschutz und Mietpreisbindung müssen auf Dauer in Berlin weitergelten;
- die Modernisierung von Altbauten ist mehr als bisher durch Steuervergünstigungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand zu fördern ohne unangemessene Mieterhöhung;
- Stadterneuerung darf keine Kahlschlagsanierung sein. Sie muß so weit wie möglich Altbausubstanz erhalten und auf die gewachsene Struktur, soziale Beziehungen und die Mischung von Funktionen Rücksicht nehmen; dabei ist die Mitsprache der von der Sanierung Betroffenen zu sichern;
- bei bestehenden und bei geplanten Neubaugebieten muß der Bedarf an öffentlichen und privaten Dienstleistungen gesichert sein;
- die bestehenden Obdachlosenheime für Familien werden planvoll aufgelöst und die Betroffenen in angemessenen und preiswerten Wohnungen untergebracht;
- Einrichtung von Mieterbeiräten als Gesprächspartner der Geschäftsleitungen der Wohnungsbaugesellschaften;
- der Bau von Gemeinschaftswohnungen ist verstärkt zu fördern.

Stadtentwicklung, Umwelt, Nahverkehr

- einen Generalverkehrsplan, der auf der Grundlage eines Stadtentwicklungsplanes dem öffentlichen Nahverkehr Vorrang einräumt;
- Schluß mit dem Baubeginn umstrittener überbezirklicher Straßenverkehrsbauten bis zur Vorlage einer Gesamtplanung;
- Überprüfung der öffentlichen Hochbauplanung (Kongreßzentrum, Polizeipräsidium);
- gewachsene Wohnviertel dürfen nicht durch neue Straßendurchbrüche (Hochstraßen, Tunnel, Stadtautobahnen) zerstört werden;
- Umweltschutz erfordert nicht nur die verstärkte Mitarbeit der Bürger, sondern der Senat muß in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken endlich Umweltschutzpläne erstellen;
- Grünflächen dürfen nicht ersatzlos Tiefbauplanungen geopfert werden;
- vorrangigen Ausbau des U-Bahnnetzes (zum Märkischen Viertel, nach Spandau, Kurfürstendamm bis Messegelände, zum Flughafen Tegel);
- Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs (schnellere Bus- und Zugfolge, Erhöhung des Platzangebots, Verkehrsverbund zwischen BVG und S-Bahn);
- keine Tarifierhöhung bei der BVG, Senkung der Preise für Zeitkarten;
- verkehrsverdünnte und Ruhezone in den Citybereichen (Sperrung des Durchgangsverkehrs, separate Busspuren, Fußgängerzonen);
- Erhaltung der Waldgebiete, Verzicht auf Umgestaltung dieser Erholungsgebiete in Rummelpätze (z. B. Teufelsbergprojekt);
- Schaffung von wohnungsnahen Sport- und Freizeitanlagen für alle Bürger;
- die Belastung der Gewässer ist zu vermindern. Die natürliche Uferlandschaft ist zu schützen und der Zugang für Jedermann zu sichern.

Kindertagesstätten, Vorschule, Schule

- mehr Kindergärten, Abbau der Gebühren bis zur kostenfreien Benutzung;
- obligatorische Vorschulerziehung aller Kinder vom 5. Lebensjahr an; verstärkte finanzielle Unterstützung für Eltern-Kind-Gruppen;
- Senkung der Klassenhöchstfrequenzen in den Grundschulen;
- eine Neufassung des Schulverfassungsgesetzes auf der Grundlage des F.D.P.-Entwurfs zur Mitwirkung von Schülern, Eltern und Lehrern an der Berliner Grundschule;
- zügige Durchführung des Schulbauprogramms; Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Renovierung und Modernisierung;
- bessere Unterstützung der Hauptschulen in der Übergangszeit bis zu ihrer Eingliederung in die Mittelstufenzentren, insbesondere Verbesserung des Angebots für ein 10. Schuljahr.
- Einrichtung der Mittelstufenzentren als integrierte Gesamtschule;
- Durchführung von Reformen nur nach sorgfältiger Vorbereitung und unter wissenschaftlicher Beobachtung;
- Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung und Entwicklung insbesondere von integrierten Berufsschulzentren;
- gleichwertige Ausbildung für Lehrer aller Schularten und -stufen.

Kinder- und Jugendpolitik

- stärkere Berücksichtigung der kindlichen Raum- und Spielbedürfnisse in der Gesamtflächenplanung;
- Einrichtung neuer Aktivspielplätze für alle Altersstufen, auch unter Einbeziehung privater Flächen;
- Planung und Durchführung öffentlicher Spielanlagen unter Mitwirkung der Betroffenen und der Eltern;
- Einrichtung selbstverwalteter Jugendzentren;
- die Selbstverwaltung der Jugendzentren ist auf gesetzliche Grundlagen zu stellen;
- die Jugendzentren sind mit qualifizierten Mitarbeitern und ausreichenden Haushaltsmitteln auszustatten. Über Einstellung und Entlassung der Mitarbeiter und über die Vergabe zugewiesener Haushaltsmittel entscheiden die Jugendzentren mit;
- die vorhandenen Jugendfreizeitheime sind auf Forderung der Jugendlichen in Jugendzentren umzuwandeln. Die Sach- und Personalmittel der umgewandelten Jugendfreizeitheime sind den Jugendzentren zur Verfügung zu stellen.

Hochschule

- keine Novellierung des Universitätsgesetzes bis zur Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes;
- Förderung der Studienreform durch Entwicklung reformierter Studiengänge und Aufbau der integrierten Gesamthochschulen unter Einbeziehung aller Fachhochschulen;
- Kündigung des Staatsvertrages zum Numerus clausus durch das Land Berlin und Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen für einen gerechteren Hochschulzugang;
- eine Ausbildungsförderungsbeihilfe, die den steigenden Lebenshaltungskosten Rechnung trägt;

- Im Hinblick auf den notwendigen Ausbau Berlins als Dienstleistungszentrum für Wissenschaft und Forschung muß der Hochschulentwicklungsplan überprüft werden; der Anteil Berlins an der Gesamtstudentenzahl des Bundes muß durch weiteren Ausbau der Berliner Hochschulen gesichert werden.

Weiterbildung für Erwachsene

- eine gesetzliche Regelung des Weiterbildungsbereichs, die eine Strukturreform und einen planmäßigen Ausbau ermöglicht;
- eine Landesanstalt für Weiterbildung, die die bisherigen Bezirksvolkshochschulen sinnvoll zusammenfaßt. Kurse in einzelnen Stadtteilen dort, wo es nötig ist und nicht nach Bezirksgrenzen;
- gesetzliche Verankerung weitgehender Mitbestimmungsrechte der Teilnehmer an den Weiterbildungsveranstaltungen;
- Ausdehnung des gesetzlichen Anspruchs aus Bildungsurlaub zunächst auf die Altersgrenze bis zu 25 Jahren und Verbesserung des Bildungsangebots;
- Verbesserung des Zugangs zum zweiten Bildungsweg.

Rechtsstaat in der Bewährung

- das Landesverfassungsschutzamt muß einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen;
- Bewerber für den öffentlichen Dienst haben Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren unter Beachtung der Grundrechte. Die Mitgliedschaft in extremen Parteien oder politischen Organisationen allein darf nicht zur Ablehnung ausreichen. Jeder Einzelfall muß geprüft werden. Eine Ablehnung darf sich nur auf gerichtsverwertbare Tatsachen stützen. Der Abschluß einer Berufsausbildung mit einem Ausbildungsteil im öffentlichen Dienst darf nicht verhindert werden;
- der Strafvollzug soll besonders der Wiedereingliederung des Straftäters in die Gesellschaft dienen. Dies muß durch Verbesserung der personellen, sachlichen und baulichen Ausstattung des Strafvollzugs geschehen. Deshalb muß dem Straftäter die Möglichkeit zu produktiver Arbeit gegeben werden. Dies setzt die Humanisierung des Strafvollzugs voraus: mehr Familien- und Außenweltkontakte. Erweiterung des Bildungsangebots;
- der Strafgefangene muß eine angemessene Bezahlung erhalten, damit er seinen Unterhaltsverpflichtungen nachkommen und Beiträge zur Sozialversicherung leisten kann.

Bürgerbeteiligung

- einschneidende Baumaßnahmen sind dem Bürger frühzeitig überschaubar und anschaulich zur Kenntnis zu bringen;
- neuen Formen bürgerschaftlicher Teilnahme (z. B. Bürgerinitiativen) ist ein Anhörungsrecht in den Parlamentsausschüssen einzuräumen;
- für bestimmte, im einzelnen festzulegende kommunale Angelegenheiten sollten Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zugelassen werden;
- Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung in all den Bereichen, wo Dezentralisierung sich bürgerorientiert auswirkt;
- kommunale Selbstverwaltung erfordert mehr finanzielle Eigenverantwortung der Bezirke und das Recht, die Bezirksämter ohne Proporzzwang nach politischen Gesichtspunkten zu bilden.

Ausländische Arbeitnehmer

- stufenweise Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien;
- Ablehnung des Rotationsprinzips;
- Anpassung des Ausländerrechts an die heutigen Erfordernisse.

Gleichberechtigung

- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;
- mehr Teilzeit-Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Männer;
- wirksame Maßnahmen gegen Werbung, die die Frau oder den Mann diskriminierend darstellt;
- staatliche Einrichtungen für Familienplanung und Empfängnisverhütung in ausreichendem Umfang.

Kirche und Staat

- Beseitigung der noch bestehenden Einwirkungsmöglichkeiten des Staates auf innerkirchliche Entscheidungen;
- Abschaffung des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer;
- Verhandlungen mit den Kirchen mit dem Ziel, die bestehenden Verträge und Vereinbarungen mit ihnen aufzuheben; dabei ist sicherzustellen, daß die soziale Arbeit der Kirchen beibehalten werden kann.

Gesundheits-Politik

- Integration von Krankenhaus und Praxis durch: Zulassung der Krankenhausfachärzte zur ambulanten Kassenpraxis; Schaffung von Arbeitsplätzen für niedergelassene Fachärzte an den Krankenhäusern, z. B. im operativen Bereich;
- Einführung des ärztlichen Kollegialsystems an den Krankenhäusern; Mitwirkung der wichtigsten Berufsgruppen auf allen Ebenen des Krankenhauses; Planstellen für Psychologen, Psychotherapeuten und Sozialarbeiter in allen Krankenhäusern;
- wirtschaftliches Management für alle Krankenhäuser; ausgewogene Zentralisierung unter Aufgabe der Bezirkszuständigkeit für die städtischen Krankenhäuser, Neubau und Modernisierung von Krankenhäusern; Umwandlung geeigneter Häuser in Nachsorgekliniken;
- Verbesserung des Bildungsangebots: integrierte Stufenbildung für alle Gesundheitsbereiche auf einer Fachhochschule für Medizin; einheitliche Normen für die Weiterbildung zum Facharzt; Intensivierung der Fortbildungsprogramme.

Senioren

- den Neubau von Altenwohn- und Altenheimen künftig nur noch mit einer ausreichenden Zahl von Gemeinschaftseinrichtungen;
- in einem Zimmer dürfen nicht mehr als zwei Personen wohnen;
- Wohnungen für ältere Mitbürger im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus in der Nähe großer Wohnungen für junge Familien;
- ein weiteres Seniorenzentrum nach dem Vorbild des Werner-Bockelmann-Hauses (Bundesallee);
- zentral gelegene ambulante Altenpflegedienste;
- eine staatliche Altenpflegeschule und eine Fortbildungsstätte für das Altenpflegepersonal;
- öffentliche Einrichtungen müssen alters- und behindertengerechte Zugänge haben.

Behinderte

- die Maßnahmen und Einrichtungen zur Früherkennung von Schäden, die zu dauernder Behinderung führen können, müssen wirkungsvoller gestaltet werden. Eine Anzeigepflicht muß eingeführt werden;
- im Interesse der betroffenen Familien ist die Hilfe durch ressortübergreifende Arbeitsgemeinschaften bzw. Beraterteams, eventuell auch überbezirklich in Anlehnung an eine Kinderklinik oder ein kinderdiagnostisches Zentrum zu organisieren;
- weitgehende Integration behinderter Kinder in allen Einrichtungen. Besondere Förderungsmaßnahmen für sie dürfen dadurch nicht verringert werden;
- die Eingliederung in den Lebens- und Arbeitsprozeß muß nicht nur im schulpflichtigen Alter, sondern auch später durch Rehabilitationseinrichtungen für körperlich und geistig Behinderte gesichert werden.

Berlin-Politik

- Die F.D.P. tritt dafür ein, daß Berlin — wie bisher — in alle Vereinbarungen mit der DDR entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen einbezogen wird;
- die Einführung des unsozialen Mindestumtauses für Rentner und der überhöhte Zwangsumtausch durch die DDR rückgängig gemacht werden;
- weitere Übergänge nach Ost-Berlin und in die DDR im Norden und Süden der Stadt geschaffen werden, die auch für den Transitverkehr benutzt werden können;
- der Eisenbahn- und Schiffsverkehr sowohl in Berlin als auch auf den Transitwegen vorrangig verbessert und beschleunigt wird;
- eine Autobahn nach Hamburg gebaut wird.

Koalitionsaussage der F.D.P. zuden Wahlen am 2. März 1975

- Die Berliner F.D.P. hat in der Opposition bewiesen, daß sie eine eigenständige politische Kraft ist. Das Programm der F.D.P. zeigt den richtigen Weg, die Politik für Berlin zu verbessern. Um ihr Programm in der Regierung zu verwirklichen, braucht die F.D.P. einen Koalitionspartner. Gegen die SPD spricht, daß sie durch jahrzehntelange Alleinherrschaft überheblich und bequem geworden ist. Die Gleichsetzung von Partei und Verwaltung hat in der Vergangenheit zu schwerwiegenden politischen Fehlentscheidungen geführt. Gegen die CDU spricht, daß sie die für Berlin lebenswichtige Berlin- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung ablehnt und auf einer konservativen Haltung in der Bildungs- und Gesellschaftspolitik beharrt. Bei Abwägung dieser Umstände kann für die F.D.P. für die nächste Legislaturperiode nur eine Koalition mit der SPD in Betracht kommen. Voraussetzung für eine solche Koalition ist, daß die SPD ihre absolute Mehrheit verliert und daß liberale Politik verwirklicht werden kann. Die F.D.P. ist bereit, wieder Oppositionsverantwortung zu übernehmen, wenn eine Koalition mit der SPD nicht zustande kommt.

Wählen Sie am 2. März 1975

die Kandidaten der

F.D.P.

Wenn Sie etwas ändern wollen, damit es besser wird für Sie und für die Zukunft Berlins, dann kommen Sie zu uns.

Die Freien Demokraten sind Partner der Bürger.

Nähere Informationen über das Programm der F.D.P. senden wir Ihnen gern zu.

Wählen Sie dazu die Bereiche aus, die Sie besonders interessieren:

- Das Programm der F.D.P.
- Wirtschaftspolitik
- Verbraucherpolitik
- Nahverkehr
- Gesundheitspolitik
- Weiterbildung für Erwachsene
- Bildungspolitik
- Emanzipation
- Seniorenpolitik
- Freie Kirche im freien Staat
- einen Aufnahmeantrag

Freie Demokratische Partei, Landesverband Berlin
1 Berlin 33, Bismarckplatz 1, Telefon 885 50 27

Sonderdruck der

**BERLINER
LIBERALE ZEITUNG**

Das Berliner Wort, Verlagsgesellschaft mbH., 1 Berlin 33, Bismarckplatz 1, Telefon: 8 85 50 27, Telex: 1 84 105. Für den Inhalt verantwortlich: Manfred Füger. — Mit vollem Namen gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. — Die Berliner Liberale Zeitung erscheint zweimal im Monat. Bezug durch die Post 3 Mark pro

Quartal im Inland. Bei unverschuldetem Ausfall kein Ersatzanspruch. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6. Konten: Bank für Handel und Industrie, Depka 31, 1 Bln. 31, Kurfürstendamm 126/127, Konto-Nr. 57444015; Postscheck: Konto der Berliner Wort Verlags GmbH; Berlin West Nr. 1536 75-107; Druck: Mercator Druckerei GmbH Berlin, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 81-85.

Möchten Sie die

**BERLINER
LIBERALE
ZEITUNG**

regelmäßig lesen?

Dann wählen Sie den

bequemsten Weg:

Postbezug frei Haus.

Bestellen Sie noch heute!

An die
Berliner Liberale Zeitung
1 Berlin 33
Bismarckplatz 1

Liefere mir ab sofort die Berliner Liberale Zeitung durch die Post frei Haus. (Vierteljährlich 3,- DM.)

Das Bezugsgeld soll

vierteljährlich durch den Briefträger eingezogen werden.

Das Bezugsgeld

überweise ich halbjährlich auf das Postscheckkonto der Berliner Wort Verlags GmbH, Berlin 33, Bismarckplatz 1, Berlin West 1536 75-107.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)